



*An der Südküste in Peru*

## Koordination und Programmentwicklung in Lateinamerika

Koordinatorin

Projekt-Nr. 400.1001

3. Rundbrief

März 2020

Johanna Drach

Peru

## Liebe Leserinnen und Leser

Beschäftigt man sich nicht gerade berufs- und/oder interessenbedingt mit Lateinamerika, so hört man in den europäischen Breitengraden für gewöhnlich nur wenig von diesem weit entfernten Kontinent. Im Jahr 2019 war das jedoch ganz anders. Kaum ein Monat verging ohne neue Schreckensnachrichten aus Brasilien, Venezuela, Ecuador, Chile, Argentinien und dann auch noch Bolivien.

Seit Amtsantritt von Brasiliens umstrittenem Präsidenten Jair Bolsonaro zu Beginn des Jahres 2019 hörte man in den Medien nicht viel Gutes aus dem bevölkerungsreichsten- und zugleich wirtschaftsstärksten Land Lateinamerikas.

So hat Bolsonaro gerade in Zeiten des Klimawandels durch seine Umwelt-unfreundliche Politik für Furore gesorgt. Sie äusserte sich etwa in der Befürwortung einer rücksichtslosen Abholzungspolitik des brasilianischen Regenwaldes, die wiederum verheerende Waldbrände zur Folge hatte.

Zu Jahresbeginn nahm die Welt Anteil an der wohl grössten Flüchtlingskrise Lateinamerikas, der Flucht von über vier Millionen Venezolanern und Venezolanerinnen, die ihre Heimat wegen Gewalt und Unsicherheit sowie dem Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten und grundlegenden Dienstleistungen verlassen müssen.

In Peru, welches neben Kolumbien bisher die meisten venezolanischen Flüchtlinge aufgenommen hat, ist das Strassenbild – gerade in den grossen Städten – von unzähligen verarmten Venezolanern und Venezolanerinnen geprägt, die, da sie ihr gesamtes Hab- und Gut zurücklassen mussten, bettelnd oder Süswaren verkaufend versuchen, sich ein paar *Soles* zu verdienen. Es ist ein sehr trauriges Bild, was sich da abzeichnet, zumal sich unter den Flüchtlingen auch so viele Kinder befinden.

Im Oktober 2019 gingen dann zahlreiche Ecuadorianer und Ecuadorianerinnen, darunter mehrheitlich Vertreter und Vertreterinnen der Konföderation der Indigenen Völker (CONAE) auf die Strasse, um gegen eine Erhöhung der Benzinpreise zu protestieren. Die Proteste waren so heftig, dass Präsident Lenin Moreno den Ausnahmezustand ausrufen musste und sich gezwungen sah, das Dekret, das zu einer Verdoppelung der Spritpreise geführt hätte, zurückzuziehen. Das Problem: Ecuador hatte einen Kredit in Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar vom Internationalen Währungsfonds erhalten, welcher im Gegenzug die Streichung der Kraftstoff-Subventionen zur Bedingung gemacht hatte.

Etwa zur gleichen Zeit brachen Massenproteste in Chile aus. Hier war es die Erhöhung der Metro-Preise, welche zum Auslöser und Motor für den Ausbruch einer angestauten Wut gegenüber der sozialen Ungerechtigkeit im Land wurde. Zwar gilt Chile als ein wirtschaftlich und politisch stabiles Land, doch wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern profitiert davon nur eine winzig kleine

wohlhabende Minderheit. So gilt Chile innerhalb Lateinamerikas heute als das Land mit der grössten Ungleichheit hinsichtlich Einkommen und Wohlstand.

Nach den Wahlen in Bolivien, am 20. Oktober 2019, brachen verheerende Konflikte in Bolivien aus. Dass sich Expräsident Evo Morales ein viertes Mal in Folge zur Wahl hatte aufstellen lassen, stand von Beginn an unter keinem guten Stern. Im Jahr 2016 hatte Morales nämlich über ein Referendum entscheiden lassen, ob er nochmals kandidieren könne. Das bolivianische Volk stimmte mehrheitlich *gegen* eine nochmalige Kandidatur. Darauf änderte Morales – mit Hilfe der Richter des Verfassungsgerichtes – die Verfassung, welche ihm das Wiederaufstellen zur Wahl doch noch ermöglichte.

Als dann in der Wahnacht am 20. Oktober plötzlich die Auszählung gestoppt wurde, und das oberste Wahlgericht Morales Sieg für die erste Wahlrunde verkündete, platzte Millionen von Bolivianern und Bolivianerinnen der Kragen. Es brachen heftige Massenproteste im ganzen Land aus, welche Morales und seiner Partei MAS (*Movimiento al Socialismo/Bewegung zum Sozialismus*) des Wahlbetrugs bezichtigten.



Seilbahn in La Paz, Bolivien

Morales, der erste indigene Präsident im Land, hat zweifelsohne viel Gutes für Bolivien gebracht, Sozialprogramme eingeführt, Arbeitsplätze geschaffen, kostenfreien Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen ermöglicht, und die Armutsrate laut Weltbank von 66 auf 35 Prozent reduziert. Auch hat Morales viel in die Infrastruktur des Landes investiert, neue Strassen, Flughäfen und das wohl höchstgelegene Seilbahnnetz der Welt bauen lassen, welche die Metropole El Alto mit La Paz verbindet. Eine klimafreundliche Alternative für die Bewohnerinnen und Bewohner, die sonst für gewöhnlich ausschliesslich auf die vielen kleinen Minibusse zurückgreifen und dabei viele Staus in Kauf nehmen mussten.

Die «Gutmenschpolitik» hat jedoch, wie weiter unten beleuchtet, ihre Schattenseiten und Morales immer autoritärer werdende Regierungspolitik, sowie seine fast schon götzenhaft anmutende Selbstverherrlichung stiess einem Grossteil der bolivianischen Bevölkerung immer saurer auf. Seit den Wahlen im Oktober 2019 und den nun bevorstehenden Neuwahlen im Mai 2020 ist das Land in Aufruhr und besonders auch durch die Medien stark polarisiert. Während die Morales-Gegner und Kritiker von einem Wahlbetrug sprechen, halten der sich inzwischen im Exil befindende Morales und seine Anhänger an der Version von einem Putsch der «Rechten» fest.

In der Zwischenzeit ist es zwar ruhiger auf Boliviens Strassen geworden, doch der Konflikt schwelt unter der Oberfläche spürbar weiter und wird mit grosser Wahrscheinlichkeit bei den geplanten Neuwahlen im Mai 2020 erneut hervorbrechen.

Wenn auch die Konflikte in den genannten Ländern unterschiedliche Ursachen haben, so zeichnet sich doch ein gemeinsamer Trend ab: In all diesen Ländern gibt es kaum ein richtiges Bemühen um sozialen und gesellschaftlichen Ausgleich.

Sowohl sozialistische Länder, wie Venezuela (darunter auch das noch nicht erwähnte Cuba und Nicaragua) und Bolivien, als auch die «neoliberal» geprägten Länder, wie Ecuador und Chile, schaffen es nicht, Wirtschaftswachstum mit sozialen Ausgleich zu verbinden. Bolivien und Venezuela etwa profitierten lange Zeit vom Rohstoffboom, welcher die Preise für Öl, seltene Erden wie Kupfer und Erze, aber auch Soja und Rindfleisch enorm in die Höhe trieb. Statt die Gewinne in nachhaltige und solidarische Sozialprogramme oder eine anständige Rentenversicherung zu investieren, verteilte der Staat grosszügig Almosen, insbesondere unter den ärmeren, vorwiegend ländlichen und indigenen Bevölkerungsschichten.

Das Nutzen von Rohstoffexporten für grosszügige Sozialprogramme hat jedoch eine Kehrseite, denn es bringt absurderweise den Staat in Konflikt mit den Bevölkerungsschichten, die zwar in erster Linie von diesen Programmen profitieren, gleichzeitig aber am stärksten von den durch den Rohstoffabbau bedingten

Umweltzerstörungen (Wasserknappheit, mangelnde Böden für die Landwirtschaft) betroffen sind. Dass der Staat durch das Verteilen von Wohltätigkeiten zudem erst Abhängigkeiten geschaffen hat und diese als Instrument zum Machterhalt missbraucht, sind leider weitere Schattenseiten.

Die politische Zukunft Boliviens steht jedenfalls unter einem düsteren Stern, egal welches Lager die Wahl gewinnen wird, denn der Staat wird sich solch eine Sozialpolitik durch den Rückgang des Rohstoffbooms auf Dauer schlicht nicht mehr leisten können, was mit grosser Wahrscheinlichkeit erneut für blutige Konflikte sorgen wird.

### Die politische Krise in Bolivien: Wie ist es unseren Partnern und Projekten ergangen und was sind die Aussichten?

In den Monaten Oktober und November des vergangenen Jahres waren die Aktivitäten all unserer Partnerorganisationen aufgrund der sozialen Konflikte rund um die Wahlen lahmgelegt. Eine Partnerinstitution, *Focapaci*, welche ihr Projekt in der am stärksten von den Konflikten betroffenen Region in El Alto durchführt, konnte aus Sicherheitsgründen besonders in den Tagen um den 11. November 2019, als die als erzkonservativ geltende Interimspräsidentin Jeanine Añez in den Regierungspalast zog, nicht arbeiten.



Begünstigte aus dem Projekt «Lichtblick Stadtgarten» von Focapaci. (Foto: Focapaci)

*Jeanine Añez* hatte gerade in den vorwiegend von indigenen Gemeinden bewohnten in El Alto eine Welle der Wut und Empörung ausgelöst. Es folgten tagelange, blutige Auseinandersetzungen zwischen Militär und aufgebracht indigenen Verbänden. Insgesamt kamen dabei 32 Menschen ums Leben.

Die Befürchtung herrscht, dass die neue, sehr konservative und katholische Interimspräsidentin von nun an lediglich die Interessen der eigenen Klientel vertreten und insbesondere die verfassungsmässig garantierten Rechte für die Indigenen abschaffen würde.

Die Partnerorganisation *Focapaci*, die unter anderem auch im Hinblick auf die Förderung einer biologischen Landwirtschaft aktiv mit lokalen Behörden in El Alto zusammenarbeitet, berichtete zudem, dass in den Tagen zuvor alle mit den Behörden geplanten Aktivitäten abgesagt wurden, da deren Vertreter und Vertreterinnen aufgrund des bevorstehenden Regierungswechsels reihenweise die Ämter niedergelegt hatten.

Noch ein paar Wochen zuvor hätten allerdings die gleichen Vertreter und Vertreterinnen der lokalen Behörden, die nun ihre Ämter niedergelegt hatten, gemeinsam durchgeführte Aktivitäten, wie zum Beispiel eine Biomasse in El Alto, als Anlass für politische Propagandamache genutzt. Die Partnerorganisation *Focapaci*, die neutral bleiben möchte, fürchtete daher nicht zuletzt um den Ruf der Institution.

Es ist grundsätzlich jedoch als positiv zu verzeichnen, dass sich alle unsere bolivianischen Partnerorganisationen hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung eher bedeckt hielten, um nicht noch weiter zu der ohnehin schon gesellschaftlichen Polarisierung beizutragen.

Die politische Krise in Bolivien hatte auch Lebensmittelknappheit und heftige Preisanstiege zur Folge, da einerseits durch die Konflikte keine Waren mehr in das Land importiert werden konnten, andererseits durch Strassenblockaden und Strassenschlachten schlichtweg keine Lebensmittelläden und Märkte mehr geöffnet waren.

Umso erfreulicher war es, dass beispielsweise die Begünstigten des von *Focapaci* durchgeführten Stadtgärten-Projektes in El Alto keine Probleme mit der Lebensmittelversorgung hatten, da ihre Stadtgärten genügend Gemüse und Obst lieferten.

Im Hinblick auf die geplanten Neuwahlen im Mai 2020 und einen voraussichtlichen Regierungswechsel müssen wir uns selbstverständlich auch fragen, welche Auswirkungen dies auf die von Mission 21 unterstützten Projekte und deren Zielbevölkerung haben wird.

Hierzu hat uns ein anderer Partner, die Institution *Machaqa Amawta*, welche Bauerngemeinden in der von La Paz rund 300 km entfernten Gemeinde Ayata unterstützt, eine interessante Zukunftsprognose erstellt.





*Das Projektgebiet von Machqa Amauta (Foto: Dario Brühlmann)*

*Machqa Amauta* fürchtet, dass es mit einem Regierungswechsel in Zukunft keine Sozial- und Bonusprogramme für die ärmeren, vorwiegend indigenen und ländlichen Gemeinden, welche ja zugleich auch Hauptzielgruppe von Mission 21 und dessen Partnerinstitutionen sind, mehr geben wird.

Die Regierung Evo Morales hatte bis anhin beispielsweise kostenloses Material für den Bau von Gewächshäusern verteilt, was zwar einerseits den Begünstigten unserer Projekte ermöglichte ihre persönliche Lebenssituation zu verbessern, andererseits wurden diese damit aber auch zweifellos politisch korrumpiert.

Ein weiterer, leider negativer Nebeneffekt solcher Begünstigungen ist, dass sich bei vielen Begünstigten auch eine Art «Nehmerkultur» entwickelt hat, derlei staatliche und auch nicht-staatliche Unterstützungen (wie im Falle von Mission 21) als völlig selbstverständlich angesehen werden, und die Bevölkerung sich in dem Fall nicht auf etwaige Streichungen der Unterstützung einstellt und vorbereitet.

Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, sich sowohl als Partnerorganisation, als auch als Geberinstitution auf etwaige Veränderungen im Lebenskontext unserer Begünstigten vorzubereiten und dementsprechend auch die Projekte anzupassen. Sollten beispielsweise unterstützende Staatsgelder gekürzt oder gestrichen werden, sollten wir uns die Frage stellen, inwiefern die mit Sicherheit daraus resultierenden sozialen Konflikte möglicherweise unsere Aktivitäten beeinträchtigen oder gar die Sicherheit unserer Projektmitarbeiter und Projektmitarbeiterinnen. Auch mögliche Anpassungen in den Budgets sollten im Hinterkopf

behalten werden, da eine Streichung von Staatsgeldern schlichtweg dazu führen könnte, dass die von Mission 21 unterstützten Zielgruppen noch weniger Eigenleistungen vollbringen können.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung dazu: Wenn bisher Mission 21 beispielsweise in einem Landwirtschaftsprojekt bei einem Bau eines Gewächshauses die Kosten für das Dach übernommen hat, so haben die Zielgruppen als Eigenleistung beispielsweise die Finanzierung der Wände (möglicherweise mit Hilfe von staatlichen Geldern) übernommen.

Des Weiteren befürchtet *Machaqa Amawta*, dass die neue Regierung, die in enger Verbindung mit sehr konservativen christlichen Gruppen steht, möglicherweise negative Effekte auf das «Empowerment» von Frauen, insbesondere indigenen Frauen, haben wird – ein zentrales Anliegen in allen von Mission 21 unterstützten Projekten.

Dass die sozialen Konflikte in Bolivien ausgerechnet mit einer von uns durchgeführten Schulung der Partnerorganisationen zum Thema Konfliktsensitivität zusammenfielen, war nicht geplant, aber somit für uns alle hochaktuell und noch verständlicher. Partnern und Partnerinnen sowie uns als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Mission 21 ist im Zuge dieser Schulung umso deutlicher geworden, dass es bei einem konfliktsensitiven Ansatz nicht darum geht, persönliche und/oder gesellschaftliche Konflikte grundsätzlich zu vermeiden (da jeder Konflikt auch seine positiven Seiten haben kann, in dem er zu persönlichen Wachstum und/oder gesellschaftlichen Veränderungen führt, wie zum Beispiel die Protestmärsche in Ecuador und Chile gezeigt haben), sondern dass es um einen besseren – eben konfliktsensitiveren – Umgang mit dem Konflikt selbst geht. Das A und O für einen konfliktsensitiveren Umgang ist eine intensive Auseinandersetzung und Analyse des Konfliktkontextes (etwa die Wahlen in Bolivien), sowie das Entwickeln und Planen von Handlungsalternativen.

## Zwischenbilanz: Halbzeit

Anderthalb Jahre arbeite und lebe ich mit Mann und Sohn schon in Peru, andertalhalb Jahre mehr sind noch geplant, da ist es Zeit für eine Zwischenbilanz: was gefällt uns/mir am Leben in Peru und wo bestehen die grössten Herausforderungen, sowohl in privater als auch beruflicher Hinsicht?

In *beruflicher Hinsicht* schätze ich persönlich insbesondere die Nähe zu den Partnern und Projekten ungemein. Ich habe vor meiner Zeit bei Mission 21 in einer ähnlichen Position, allerdings aus der Schweiz, Projekte und Partner in verschiedenen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern begleitet, und kam nach jeder Dienstreise mit einer Fülle an Ideen wieder, wie man die Qualität der Projekte verbessern könnte, ihre Ausrichtung ändern, oder gar ganz neue Wege einschlagen könnte.



Meist fehlte mir dann aber schlichtweg die Zeit, diese Ideen auch umzusetzen. Der Arbeitsalltag frass mich auf, die Projekte funktionierten, was dies betrifft, irgendwie auch ohne mich, denn da gab es ja auch Kollegen und Kolleginnen vor Ort – wie heute mich – die sich darum mehr kümmern konnten.

Mich erinnerte das immer an eine französische Comiczeichnung, die lange Zeit in meinem Badezimmer hing. Sie trug die Überschrift «Les Zombies de Paris» (die Zombies aus Paris). Die Comiczeichnung zeigte eine bunt gezeichnete Gruppe von jungen Leuten in den Sommerferien, voller Energie und Lebensfreude, welche sich nach ihrer Rückkehr in die Pariser Grossstadtmropole, wieder den Arbeitsalltag aufnehmend, allmählich in graue „Stadtzombies“ verwandelten. Genauso fühlte ich mich nach jeder Dienstreise.

In meinem Fall hat sich nun viel geändert. Nach einem Besuch kann ich meist meine Ideen direkt einbringen und gemeinsam mit den Partnern und in Abstimmung mit den Kollegen und Kolleginnen in der Schweiz, auch umsetzen und somit auch die Projekte gegebenenfalls in neue Richtungen lenken.

In *persönlicher* Hinsicht bewundern und schätzen wir als Familie immer wieder, wie widerstandsfähig viele Menschen sind. Insbesondere als wir noch in Puno wohnten, wo die Menschen unter so strengen klimatischen Bedingungen leben, ohne Heizungen und oft ohne warmes Wasser. Natürlich kann man sagen, diese Menschen kennen es nicht anders, sie sind so aufgewachsen, für mich ist es dennoch auch ein Zeichen, dass wir in gewisser Weise «verweichlicht» sind, und dass wir uns so viel mehr zumuten können, als wir meinen.

Auch die Herzlichkeit gegenüber Kindern fällt uns immer wieder positiv auf. Kinder sind in unserer westlichen Gesellschaft in der Öffentlichkeit ja leider nicht immer gerne gesehen. Das ist hier völlig anders. Man muss sich nicht schämen, wenn das Kind mal einen Trotzanfall auf der Strasse bekommt, da erntet man keine bösen Blicke oder gut gemeinte Ratschläge. Im Gegenteil, es wird gehandelt, kurzerhand die Hand gereicht, ohne zu analysieren, was nun wohl die Gründe für den Trotzanfall sein mögen.

Neben diesen positiven Seiten, haben wir natürlich aber auch immer und weiterhin mit vielen Herausforderungen und Schwierigkeiten zu kämpfen.

In beruflicher Hinsicht fallen mir, jetzt wo ich längere Zeit vor Ort bin, öfters mal bei den Partnerorganisationen Eifersüchteleien und Neid, was die «Gunst»/Zuwendung seitens Mission 21 betrifft, auf. Etwa, dass nicht alle Partnerorganisationen gleich viel Mittel erhalten, oder dass sie beispielsweise auch nicht immer in der gleichen Regelmässigkeit oder mit dem dem gleichen Interesse besucht werden können.

Dies mag völlig unterschiedliche Gründe haben, manche Projekte sind beispielsweise aus Spendersicht interessanter als andere und benötigen daher mehr Be-

suche, um Informationen zu gewinnen, manchmal ist es auch eine Frage der Logistik, da einige Projekte fernab gelegen und nur schwierig zu erreichen sind. Mich jedoch hat es gelehrt, wie wichtig es ist, alle Partner gleich zu behandeln und ihnen das gleiche Interesse zukommen zu lassen.

Eine weitere Herausforderung sind die vielen Missverständnisse, die einfach aufgrund unterschiedlicher (kultureller?) Denk- und Handlungsweisen entstehen können und die oftmals sehr viel Geduld fordern. Jedes Programm, jede öffentliche Kundgebung, jede Einführung eines neuen Formats für Berichte etwa, muss so präzise wie möglich formuliert sein, sonst kann ein heilloses Chaos entstehen. Und selbst dann kommt es sehr häufig vor, dass etwas falsch oder nicht verstanden wurde. Und wenn etwas nicht wirklich verstanden wurde, so trauen sich manche Personen auch nicht nachzufragen. Auch das ist wohl kulturell bedingt und erinnert mich an eine andere Gegebenheit. Wie oft ist es mir schon passiert, dass ich nach dem Weg gefragt habe und die gefragten Personen ihn offensichtlich auch nicht wussten, aber dies nie zugegeben hätten. Stattdessen schickten sie mich, aus Scham, ihre Unwissenheit zugeben zu müssen, einfach ins Nirgendwo.

Auch in persönlicher Hinsicht ecken wir immer wieder mit uns selbst und manchen Gepflogenheiten der Peruaner und Peruanerinnen an. So muss man beispielsweise bei Behördengängen eine Engelsgeduld haben. Da kann ein Besuch auf der Bank, die Bezahlung von Strom und Wasser, das Besorgen einer Sim-Karte fürs Handy oder die vielen Behördengänge, welche im Zuge der Registrierung des Länderbüros in Peru von Nöten sind (Vollmachten erstellen, Notare aufsuchen etc.), gut und gerne mal einen ganzen Vormittag bis Tag(e) in Anspruch nehmen.

Dies betrifft auch andere Dienstleistungen: Trotz einer (wie ich finde) Überzahl an Personal in Restaurants, wird man lange nicht bedient und/oder wartet eine halbe Ewigkeit auf die Rechnung; an der Kasse im Supermarkt geht es sehr gemächlich zu, stellt man sich beispielsweise mit 11 Artikeln an einer «Expresskasse» an, die nur für 10 Artikel bestimmt wird, wird man tatsächlich zurückgewiesen und muss sich erneut an einer regulären Kasse anstellen, selbst, wenn hinter einem niemand steht, oder das beste Beispiel sind Handwerker, die auch nach dem 10. Anruf sagen, dass sie morgen vorbei kommen und es dann doch nicht tun.

Aufgrund starker Regenfälle in Arequipa hatten wir kürzlich zwei Tage keinen Strom, da die Leitung zu unserem Haus runtergekracht war. Nach unzähligen Anrufen (vom Handy aus, das ich netterweise bei unseren Nachbarinnen aufladen konnte) bei der Stromgesellschaft, welche mich in ewigen Warteschleifen tröstete, musste ich irgendwann verzweifelt kapitulieren. Erst mit Hilfe unserer Vermieterin, welche eine Bekannte hat, die wiederum persönliche Kon-

takte zu jemanden in der Stromgesellschaft hat, kam dann endlich jemand vorbei – eine Angelegenheit von 5 Minuten, die uns zwei Tage lang jegliche Nerven gekostet hatte.

Was mich jedoch am traurigsten macht und am meisten schockiert, sind die unzähligen Unfälle mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Erst kürzlich gab es an der Südküste Perus ein grosses Busunglück, bei dem 14 Menschen tödlich verunglückten, darunter auch zwei deutsche Touristinnen. Wir waren einige Tage zuvor im Zuge unserer Sommer-Weihnachtsferien die gleiche Strecke gefahren, sodass uns dies noch einmal ganz besonders betroffen machte und uns noch lange beschäftigte.

Im letzten Jahr war zudem noch ein Mitarbeiter einer unserer peruanischen Partnerorganisationen auf dem Weg nach Cusco tödlich im Auto verunglückt. Ein weiterer Mitarbeiter schwebt seither immer noch in Lebensgefahr. Die Kosten für die Intensivstation im Krankenhaus kann er sich nicht leisten, da er auch keine Familie und sonstige Angehörige hat. Mit einer Sammelaktion unseres Partners konnte zumindest ein Teil der Kosten gedeckt werden.

Viele Fahrer und Fahrerinnen des öffentlichen Verkehrs fahren sehr ungeduldig und rasen, weil sie in einer bestimmten Zeit ihr Fahrziel erreichen und dazu den grösstmöglichen Tagesgewinn erzielen möchten. Dass sie damit ihr eigenes Leben und das der Passagiere und Passagierinnen aufs Spiel setzen, wird zu meiner Verwunderung auch von den Fahrgästen selbst meist stumm hingenommen.

Meine These ist mittlerweile, dass die Menschen hier ein völlig anderes Verhältnis zum Tod haben. Zum einen ist das «Konzept» vom Tod ein anderes, er wird hier vielmehr als natürlicher Teil des Lebens gesehen (was er ja auch ist, wovor wir aber meist die Augen verschliessen), zum anderen hat die Gläubigkeit der Menschen damit zu tun. Mir sagte ein bolivianischer Partner dazu neulich: «Wenn es Gottes Wille ist, dass ich tödlich verunglücke, dann soll es so sein.»

Mit herzlichem Gruss  
Johanna Drach



Foto aus dem Projekt «Familiengärten und Kunsthandwerk für ein besseres Leben», Focapaci.  
(Foto: Mission 21)

Spenden können gerne auf eines der folgenden Konten überwiesen werden  
(für projektgebundene Spenden bitte Projektnummer 400.1001 angeben):

Mission 21, Missionsstrasse 21, Postfach 270, CH-4009 Basel

Schweiz: PostFinance, SWIFT POFICHBE, IBAN CH58 0900 0000 4072 6233 2

Deutschland: Sparkasse Lörrach-Rheinfelden,  
SWIFT SKLODE66, IBAN DE39 6835 0048 0001 0323 33

#### Impressum

Herausgeber: Mission 21, Missionsstrasse 21,  
Postfach 270, 4009 Basel, Schweiz  
Alle Bilder © Mission 21, sofern nicht anders er-  
wähnt.

Johanna Drach

Calle Jerusalem 914  
Arequipa

Peru

Tel: 0051 (0) 54 619711

E-Mail: johanna.drach@mission-21.org

Mission 21 setzt Zeichen der Hoffnung für eine gerechtere Welt. Wir engagieren uns weltweit für die Friedensförderung, bessere Bildung, Gesundheit und gegen Armut, besonders für Frauen und Mädchen; und wir leisten Bildungsarbeit in der Schweiz. Wir sind tätig in langfristig angelegter Entwicklungszusammenarbeit sowie in Nothilfe und Wiederaufbau. Als internationales christliches Werk stehen wir in 20 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika im Einsatz, gemeinsam mit unseren über 70 Partnerkirchen und Partnerorganisationen, in mehr als 100 Projekten.